

Medienmitteilung
Bern, 15. April 2025

Radio- und Fernsehgesetz: sgv enttäuscht von Ständeratskommission

Die Kommission für Verkehr und Fernmeldewesen des Ständerates lehnt den indirekten Gegenvorschlag des Nationalrates zur Volksinitiative «200 Franken sind genug» ab. Für den sgv ist das eine verpasste Chance, im Rahmen einer langen Übergangsfrist von zehn Jahren bei Unternehmen auf die Erhebung der Radio- und Fernsehabgabe zu verzichten.

Der Schweizerische Gewerbeverband sgv fordert die Abschaffung der Radio- und Fernsehabgabe für Unternehmen. Die Kommission für Verkehr und Fernmeldewesen des Nationalrates schlägt eine schrittweise Befreiung der Unternehmen vor, bis die Unternehmensabgabe für Radio und TV 2035 vollständig aufgehoben ist. Diesem massvollen Vorschlag hat die Schwesterkommission des Ständerates heute eine Absage erteilt, was der sgv bedauert.

Für Unternehmen bedeutet die Mediensteuer eine Doppelbesteuerung, da natürliche Personen über die Haushaltsabgabe für den Radio- und Fernsehempfang bereits bezahlen. Mit der Annahme des moderaten Gegenvorschlags hätten die Unternehmen innert zehn Jahren befreit werden können. Der sgv wird weiterhin für die Abschaffung der Radio- und Fernsehabgabe für Betriebe kämpfen.

Weitere Auskünfte

Fabio Regazzi, Präsident, Mobile 079 253 12 74
Urs Furrer, Direktor, Mobile 079 215 81 30

Als grösste Dachorganisation der Schweizer Wirtschaft vertritt der Schweizerische Gewerbeverband sgv über 230 Verbände und über 600 000 KMU, was einem Anteil von 99.8 Prozent aller Unternehmen in unserem Land entspricht. Im Interesse der Schweizer KMU setzt sich der grösste Dachverband der Schweizer Wirtschaft für optimale wirtschaftliche und politische Rahmenbedingungen sowie für ein unternehmensfreundliches Umfeld ein.